

# Volke-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

### Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Aufstellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk., einw. Schl., Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich. Zeitungserzeichnis unter 2606. Zeitung eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Hochdruck nur mit der Quellenangabe „Volke-Zeitung“ gefasst. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1149, der Anstalts-Abtg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133.

### Anzeigenpreise:

Die 8 gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restamen die 22 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtlichen Anzeigenbüros. Erfüllungsort: Halle. Erscheinung 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Groß-Willichstr. 22, Markt 11, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 429.

Halle, Dienstag, den 14. September 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Der radikale Oberschulrat.

Die sozialistische Mehrheit im neuen Groß-Berlin etabliert eine Parteimehrheit, die allmählich aufsteigt, eine lokale Berliner Angelegenheit zu bleiben. Das neue Groß-Berlin umfaßt vier Millionen Einwohner. Die Entscheidungen und Verfügungen des Magistrats betreffen also eine Bevölkerungszahl, die die manches deutschen Einzellandes bei weitem übertrifft. Mehrheitssozialisten und Unabhängigen wollen nun den neuen Magistrat sowie aus ihren Angehörigen zusammensetzen, und sie berufen sich dabei darauf, daß früher ja auch die Sozialdemokratie grundsätzlich von der Mittelschicht in einem Magistrat ausgeschlossen gewesen wäre. Diese Darstellung ist zunächst nicht ganz zutreffend. Wiederholt haben literale Stadtverwaltungen Sozialisten zu Stadträten gewählt, aber diese wurden dann von der reaktionären Aufsichtsbehörde nicht bestätigt. Dabei handelte es sich aber auch nur um Personen, die offen in der Parteibewegung herorgetreten waren. Die Magistrats- und Stadterordnetenversammlungen fragten jedoch bei der Anstellung besoldeter Stadträte nicht nach dem Parteigliedschaft, sondern sahen ausschließlich auf persönliche Eignung und fachliche Tüchtigkeit. Diese Hauptmomente für eine sachgemäße Ausfüllung eines Stadtratspostens sollen aber jetzt vollkommen beseitigt gegeben werden. Die Sozialisten beider Parteien haben zunächst beschlossen, grundsätzlich nur besoldete Stadträte auszusuchen, und nun gehen sie daran, diese besoldeten Posten mit Parteianhängern zu besetzen. Selbst bekannte Sozialdemokraten erfüllen dieser Gedanke mit Grausen. Der Kasseler Oberbürgermeister Scheidemann weist darauf hin, daß die Gemeinde begrenzte Verwaltungsaufgaben zu erledigen hat, und daß darum ihre Beamten nicht nach der Parteugehörigkeit ausgewählt werden dürfen. Die einzelne Gemeinde muß ja auch im Rahmen der finanziellen und der Reichsgebarung bleiben und sie kann nicht für sich einen Staat im Staate etablieren.

Das Tollste aber war, daß die vereinten Sozialisten zunächst für das ganze Groß-Berlin nur einen Oberschulrat zu errichten beschloßen, und nun soll dieser Posten gar dem Vater des unabhängigen Schulprogramms, dem unabhängigen Reichstagsabgeordneten Dr. Löwentstein, übertragen werden. Herr Löwentstein ist ein phantastischer Theoretiker, der keinerlei praktische Verwaltungserfahrung besitzt, auf die es doch hier in erster Linie ankommt. In Lehrern- und Elternkreisen herrscht darum auch große Entrüstung. In Elternversammlungen ist bereits das Wort vom Schulstreik gefallen, und in Lehrerkreisen weist man mit Recht darauf hin, daß gerade unabhängige Sozialdemokratie überall nach dem Mittelstimmungsrecht ruft. Herr Löwentstein aber ist ohne jede Befragung der Lehrerschaft nominiert worden und soll ihr jetzt gegen ihren ausdrücklichen Willen aufgegeben werden. Die Schulgesetzgebung ist eine Angelegenheit des Reiches, ihre Ausführung und Verwaltung liegt in den Händen der Länder. Diese Regelung soll eine Gleichmäßigkeit in der Erziehung gewährleisten. Wenn aber jetzt in einem Teile Deutschlands, der besonders hart einem Wechsel der schulpflichtigen Kinder unterworfen ist, grundlegende Sonderregelungen im Erziehungswesen vorgenommen werden, so ist die Einheitlichkeit und die organische Entwicklung des deutschen Erziehungswesens schwer gefährdet. Natürlich ist der Dr. Löwentstein auch Anhänger der konfessionslosen Schule. Trotz der sozialistischen Mehrheit von Groß-Berlin darf man beweisen, daß wirklich eine Mehrheit der Bevölkerung für die religiöse Schule eintritt. Das Zentrum erklärt schon jetzt, daß es die Wahl Dr. Löwentsteins zum Groß-Berliner Oberschulrat als eine schwere Herausforderung zu einem neuen Kulturkampf betrachtet würde. Wenn die beiden sozialdemokratischen Parteien alle vernünftigen und sachlichen Einwände gegenüber ihrem Parteioptimismus beseitigt schieben, so kann das nicht ohne Rückwirkungen auf die politischen Gruppierungen im Reich und in den Ländern bleiben. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Demokratie einer solchen Ueberkämpfung über den von ihren eigenen Reichstagsvertretern selbst mit beschlossenen Svertragung dazu beugt, die Grundlagen unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens zu zerören. Da greift die württembergische demokratische Regierung, deren Staatspräsident S. Sieber ein bekannter demokratischer Führer ist, mit harter Hand ein, ohne unnötige Härte oder Gewalt anzuwenden. Militär braucht nicht eingesetzt werden, lediglich die vorzüglich geleitete, auf durchgebildete Mann-

schaft der Volksewehr, unterstützt durch Teile der Einwohner- und Berufswehr und der Technischen Notkräfte, stellen die Kräfte der Regierung dar, um den größten Wahrscheinlichen Terror zu brechen, der keine bessere Weisheit kennt, als alle Widerstehen still, wenn unter harter Arm es will. Der Erfolg der Regierung war ein voller: Schriftlich muß sich jeder Arbeiter, der wieder eingestellt werden will, verpflichten zur Anerkennung des Steuerabzugs, zur Beobachtung der Gesetze über das Arbeitsverhältnis und zur Berücksichtigung der bestehenden Tarife und aller mit den Arbeitgebern getroffenen Vereinbarungen. Lohn für die Streikzeit wird nicht ausgeschüttet. Die sozialdemokratische Partei hatte zwar jede Verantwortung für den Streik feierlich abgelehnt, aber „volle Solidarität bis zur Beendigung“ beschloßen. Mit dieser Halbtätigkeit, um nicht zu sagen Feigheit, hatte sie zuzug den ersten Kampf des jungen demokratischen Staates zugelassen. Nur die Demokratie hat die Staatsautorität aufrecht erhalten. Wäre das württembergische Vorbild besonders bei der Reichsregierung die Beachtung finden, die es verdient.

## Rix-les-Bains.

Paris, 12. Sept. Nach einer zweiten Unterredung in Rix-les-Bains erklärte Millerand über die Genfer Konferenz, London George habe auf die heiligenschriftlichen Vorstöße noch gar nicht antworten können. Bislang machte nicht die geringsten Einwendungen. Ueber die Sommerfrage lagte er, bestes ein Abkommen zwischen den Mächten, das vor acht Monaten abgeschlossen worden sei: Handelsbeziehungen, keine politischen Beziehungen. Das Abkommen sei bisher loyal angewendet worden, er glaube aber, daß der einzige Artikel, den Ruf nach Ausfüllung könne, die Propaganda hatte sie in deren Einfuhr nach Frankreich habe er nicht das geringste Interesse. Nach dem „Journal“ sagte Millerand, um endlich zum Frieden zu kommen, habe man V o l e n erklärt, es solle sich mit Müheigung austrümen, um das baldige Zustandekommen des Friedens zu ermöglichen. In der Unterredung bleibe es bei der englisch-französischen Politik.

Paris, 12. September. Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ berichtet aus Rix-les-Bains, das bedeutendste Ereignis der Zusammenkunft ist die sichere Vertagung der Genfer Konferenz, wenn nicht deren V o l l z u g b e s t i m m t i s t. Der Bericht auf diese Konferenz wird sehr maßhaltend in Frankreich ohne Bedauern aufgenommen werden, wo man bekanntlich der Ansicht ist, daß das Versehen der Reparationskommission der Methode direkter Verhandlungen mit Deutschland vorzuziehen ist.

## Das Todesurteil über den Völkerverbund.

London, 12. Sept. Die „Nation“ schreibt über das französische belgische Militärabkommen: Man hat den schwachen Vorwand, daß das Abkommen rein technisch sei, dazu benutzt, es der Regierung des Völkerverbundes zu entziehen. Die ganze Geschichte beweist, daß Militärabkommen, wie sehr sie auch technisch und defensiv sein mögen, jedenfalls große militärische Bedeutung haben. Als noch der Vertrag unterzeichnet wurde, er gleichzeitig das T o d e s u r t e i l d e r V ö l k e r b u n d e s, denn das Abkommen ist mit anderen Worten nur die Erklärung, daß Frankreich und Belgien nicht dem System des Völkerverbundes, sondern nur dem alten System der militärischen Bündnisse vertrauen.

## Ententewillkür im Rheinland.

Köln, 12. Sept. Die belgische Besatzungsbehörde nahm am Sonnabend im Gebiete des Raghener „Volkstreuens“ eine Hausdurchsuchung vor. Nachmittags wurde der Chefredakteur Dr. Heinen aus bisher unbekanntem Gründen in seiner Wohnung verhaftet.

## Die russisch-polnische Frage.

Warschau, 12. Sept. Im polnischen Heeresbericht vom 12. September wird gemeldet, jüdischen Kamikaz und Busch gelang es dem Feinde noch heftigen Kampfe den Zug zu überkreuzen und gleichzeitig Busch von Westen und Osten her anzugreifen. Dank der heldenmütigen Verteidigung der dort liegenden polnischen Abteilungen wurden die Bolschewiken wieder vertrieben. Polnische Truppen haben nach harten Kämpfen Kobatin besetzt. Die Polen sind jetzt im Besitz der Gnilana Lipo-Vinie.

Konstantinopel, 12. Sept. (Reuter.) General Branigel meldet heftige Kämpfe bei Raik Polog in der Gegend von Katerinostom. Eine ganze rote Brigade einschließlich des Stabes und des Trains sei gefangen genommen worden.

## Aus den Parlamenten.

Die Aufhebung der Zwangsarbeit für Fleisch wurde am Sonnabend in der Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages beschloßen. Die Vorlage der Regierung war auf Grund der Beschlüsse des Reichstages ausgearbeitet worden, die feinerseit bei der Behandlung des Antrages Dr. Böhmle auf Freigabe des Fleisches angenommen worden waren. Die Vorlage der Regierung verlangte mit 13 gegen 12 Stimmen zur Annahme. Diese knappe Mehrheit zugunsten der Aufhebung der Zwangsarbeit für Fleisch rührte daher, daß zwei Zentrumsausschüsse die für die Aufhebung eintraten, und ein Deutschnationaler bei der entscheidenden Abstimmung nicht anwesend waren. Erhebung der Gewerbesteuer für Brauereien. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages nahm mit

großer Mehrheit den von dem demokratischen Abgeordneten Dr. Böhmle gestellten Antrag, die Getränkesteuer der Brauereien auf 30 Prozent zu erhöhen. Auch die Sozialdemokraten stimmten für den Antrag. Gleichfalls angenommen wurde der Antrag Dr. Böhmle, daß die Befreiung der Brauereien auch mit eingeführten Gewerke erfolgen kann. Kaffee, Tee und Heringe. Die demokratischen Abgeordneten K e i n a t h und Dr. Böhmle verlangen in einer Entscheidung, die dem volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages vorliegt, die Freigabe der Einfuhr von Kaffee und Tee und die baldige Freigabe der Einfuhr von Heringen.

Produktive Erwerbslosenfürsorge. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hat die Bildung einer engeren Kommission geschloßen, die mit dem Arbeits- und Wirtschaftsausschuss, die für die produktive Erwerbslosenfürsorge und Unterbringung in Betracht kommenden Fragen weiter behandeln soll.

## Die Demokraten und das besetzte Gebiet.

Der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, Reichsanwält Dr. Schiller, hat sich zu einem längeren Besuch in die besetzten Gebiete begeben. Er folgt damit einem Wunsch der Fraktion, die Wert darauf legt, daß ihr Vorsitzender sich durch Augenblicke über die dort herrschenden Zustände unterrichtet. Er entspricht damit auch dem Verlangen der Bevölkerung am Rhein, die ihre parlamentarische Vertretung in möglichst vollständiger und überzeugender Weise über die Lage des besetzten Gebietes aufklären will. Er ist Vorlage getroffen, daß Herr Schiller Einblick in die Verhältnisse gewinnt. Dadurch wird die Fraktion in den Lande gefestigt werden, mehr als bisher für die Wollendung der vorhandenen Mißstände in praktischer Weise einzutreten. Andere Freunde am Rhein aber werden dadurch die Ueberzeugung erlangen, daß die demokratische Reichstagsfraktion wirklich großen Wert darauf legt, mit ihnen in lebendiger Fühlung zu bleiben.

## Gegen die Finanznot.

Die behauerlichen Vorgänge, die in letzter Zeit an verschiedenen Orten zu ernstlichen Unruhen und Überständen gegen die Steuerbehörde geführt haben, nötigen zum Nachdenken, ob ihnen nicht doch berechtigte Antriebe zugrunde liegt. Nach den Berichten, die uns aus zuverlässigen Quellen zugehen, richtet sich die Bewegung nicht so sehr gegen die Höhe des Steuerabzuges, als vielmehr dagegen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten zuerst in gleicher Weise zur Steuerabgabe benötigt werden sollen, die ernsthafte Verleugung gemacht worden sind, die wohlhabenderen Kreise in dergleichen rückständigen Weise zur Steuerabgabe zu zwingen. Wenn sich das wirklich so verhält, dann müßte allerdings eingegriffen und dafür gesorgt werden, daß die Steuerlasten gleichmäßig angesetzt wird. Unbegreiflicher Weise steht noch immer die Einziehung der großen Steuern. Diese muß jetzt unter allen Umständen endlich durchgeführt werden. In den Kreisen demokratischer Reichstagsabgeordneter wird deshalb jetzt erwogen, ob es sich aus Gründen sozialer Gerechtigkeit und zur Hebung der Finanznot, sowie um den Notenumlauf nicht noch weiter anzuwenden zu lassen, nicht empfiehlt, der Reichsregierung vorzuschlagen, eine dringliche Gesetzesvorlage einzubringen, wonach die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs aus schon vor der endgültigen Veranlagung durch die Finanzämter sofort nach der eigenen Erklärung des Steuerpflichtigen zahlbar ist. Gleichwohl könnte die Einschätzung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs als Unterlage dienen, um auch sofort eine Abschonkung auf das Reichsnotwendige oder dessen erste Rate fällig zu machen. Der Unterstich in der nur sechs Monate auseinanderliegenden Einkünfte (30. Juni und 30. Dezember 1919) kann später leicht ausgeglichen werden. Durch eine solche Vorlage würde der Propaganda gegen den Steuerabzug bei Angestellten, Beamten und Arbeitern gleichzeitig wirksam entgegengetreten werden. Jedenfalls müßten mit allem Fleiß Mittel von der Reichsregierung angewandt werden, damit nicht die Arbeiterschaft und die Angestellten das Gefühl haben, daß man nur ihnen gegenüber in der Steuereinzahlung untertänig ist.

## Enthaltungen des Vorwärts über die Orgel in Ostpreußen.

Berlin, 11. Sept. Der „Vorwärts“ veröffentlicht Dokumente über die von den preussischen Oberpräsidenten in Königsberg ausgeführte Orgel. Weiter der Organisation war ein früherer Generalhauptschiffsaupmann Treu, der eine Reihe von Verträgen aufstellte, aus denen der „Vorwärts“ u. a. die folgenden wörtlich anführt: Der restlose Aufnahmenschluß von Bürgern und Bauern muß diesen Maßnahmen der Allgemeinheit den Behörden und der Regierung gegenüber zum Ausdruck bringen. Keine Regierung, keine Behörde wird es wagen, einen Pfand, der zwei Drittel der Bevölkerung umfaßt, die Erfüllung der erforderlichen Lebensbedingungen zu verlangen. Der „Vorwärts“ sagt, daß der weitere Inhalt der Denkschrift beweist, wie mit der Orgel eine die Regierung überragende Privatmacht aufgestellt werden solle. Gleichzeit wird eine Mitteilung veröffentlicht, die ein Münchener Verbindungsglied an die Königsberger Orgel gelangen ließ. Darin wird gesagt, daß die bairische Regierung von der Einwohnerwehr abhängig sei, daß der bairische Landtag der Einwohnerwehr alle Mittel bewilligen müsse und daß sie glänzend mit der bürgerlichen Regierung in München zusammenarbeite. Eine Sonderbemerkung des Hauptmanns Treu sagt weiter: Die Parole wird in absehbarer Zeit lauten: „Der Bürger und Bauer“ — dort Proletariat, der



Es handelt sich um den Seditiousgruppen der No. 5. S. K. 101 am Thüringer Güterbahnhof. Das Grundstück selbst gehört der No. 1. 101.

Das Feuer war zuerst, als man es bemerkte, von den Anwohnern mit einem Feuerlöscher erloschen worden, das Grundstück jedoch rasch als verbrannt. Die Feuerwehre erschienen mit mehreren Spritzen und 2 Motorwagen und 2 Leiterwagen, unter Führung des Branddirektors No. 10. In dem Speicher lagen 1000 Stroh und 2 andere Seditiousgruppen. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht.

Am 14. August hat die Seditiousgruppe No. 101 einen Brand verursacht. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht.

Die Entstehung des Brandes ist noch in völliger Dunkelheit. Wahrscheinlich wird er durch Funkenflug einer Lokomotive — die Bahn fährt durch Brand vertrieben — verursacht sein. Das Gebäude selbst ist nicht mehr zu sehen. Der Schaden ist noch nicht zu übersehen. Die Seditiousgruppe No. 101 ist noch nicht zu übersehen.

### Quäterspielung.

Am 30. August hat die Seditiousgruppe No. 101 einen Brand verursacht. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht.

Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht.

### Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

Der für Sonntag nach Weimar einberufene Verbandstag der Bau-genossenschaften Deutschlands war von Delegierten stark besucht. Gebenrat Mölle-Merzburg leitete die Verhandlungen. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

der Mietskauer, die man unter dem harmlosen Namen „Abgabe zur Förderung des Wohnens“ einführen wollte. Im Hinblick darauf wurde die Einführung einer Seditiousgruppe beschlossen. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht.

### Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Kasao an Haushalte mit gelb und blau umrandeten Lebensmittelscheinen. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

### Sport der „Saale-Zeitung“.

1. Kreis-Kampfbewerben des 13. Kreises (Thüringen) der Deutschen Turnerzeitung in Weipolitz am 12. Sept. 1920. Auf der Weipolitzer Radrennbahn fanden am Sonntag die letzten Kampfbewerbe statt. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

### Der Polenvormarsch.

Die Polen sind in die Ostpreussische Provinz eingedrungen. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

### Der Polenvormarsch.

Die Polen sind in die Ostpreussische Provinz eingedrungen. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

### Reisensagen für Sammler.

1. A. A. Anklam-Mittelstraße. 2. A. Helmgen-Ballon. 3. A. Anklam-Mittelstraße. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

### Reisen zu Arbeitsort.

1. Weipolitz, 2. Sula (Wahl), 3. Grotte (Zabedde). Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

Mooser). Tot: Sieg 47, Platz 21, 17:10. Ferner Hefen: Donnerlei, Radoma, Jasodina.

Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht. Die Seditiousgruppe No. 101 wurde durch die Feuerwehre gelöscht.

### Provinzial-Nachrichten.

Wettberg (Wettberg), 12. Sept. (Unstete Zuflüsse) Vor einigen Tagen hat der Wetter, der in Höchstgrad für einen Weipolitzer Arbeiter die Blumen bewahrt, zwei junge Burschen im Alter von 10 bis 20 Jahren beim Blumenweiden und nahm ihnen die bereits geernteten Früchte ab. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

### Letzte Depeschen.

Telegraphischer Gesamtbericht der „Saale-Zeitung“. Staat, Schule, Universität. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

### Letzte Depeschen.

Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

### Der Polenvormarsch.

Die Polen sind in die Ostpreussische Provinz eingedrungen. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

### Bildung einer tschechischen Bürgermiliz.

Prag, 13. September. (Eigene Drahtnachricht.) Der Prager Prager bringt die Nachricht, daß das tschechische Volk eine nationale Miliz organisieren will. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

### Dolchweissische Erziehung zur Arbeit.

Sellingfors, 13. September. (Eigene Drahtnachricht.) Unter den Arbeitern von Solomna, dem Nachbarort von Moskau, wo der Unabkömmliche Dittmann seine aufsehenerregenden Studien machte, herrscht nach übereinstimmenden Meldungen eine starke Gährung. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

### Der Hafenarbeiterstreik in Hamburg.

Hamburg, 13. Sept. In einer Verammlung der anionistischen Schauerleute wurde beschlossen, wegen der Ablehnung der Forderungen die Arbeit niederzulegen. Der Reichstagung des Verbandes deutscher Bau-genossenschaften.

